

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. Juni 1984

am Donnerstag, dem 28. Juni 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker (Nienberge) (SPD)	11, 12	Dr. Jens (SPD)	62, 63
Bernrath (SPD)	17, 18	Kirschner (SPD)	100, 101
Berschkeit (SPD)	106, 107	Kißlinger (SPD)	38, 39
Bindig (SPD)	7, 8	Klein (Dieburg) (SPD)	26, 27
Frau Blunck (SPD)	65, 66	Dr. Klejdzinski (SPD)	97
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	109, 110	Krizsan (DIE GRÜNEN)	6
Büchler (Hof) (SPD)	44, 61	Dr. Lammert (CDU/CSU)	99
Catenhusen (SPD)	84, 85	Lennartz (SPD)	93, 94
Clemens (CDU/CSU)	46	Liedtke (SPD)	15, 16
Dr. Czaja (CDU/CSU)	47, 48	Frau Männle (CDU/CSU)	49, 83
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	98	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	64
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	108	Frau Matthäus-Maier (SPD)	87, 88
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	102, 103	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	79, 80
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	71, 72	Müntefering (SPD)	54, 55
Eigen (CDU/CSU)	81, 82	Peter (Kassel) (SPD)	34, 35
Gerstl (Passau) (SPD)	40, 41	Rapp (Göppingen) (SPD)	52, 53
Gilges (SPD)	89, 90	Reimann (SPD)	13, 14
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	24, 25	Reuschenbach (SPD)	36, 105
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	69, 70	Dr. Rose (CDU/CSU)	28
Heyenn (SPD)	86	Schäfer (Mainz) (FDP)	19, 20
Hinsken (CDU/CSU)	111, 112	Schily (DIE GRÜNEN)	95, 96
Horn (SPD)	92	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	104
Dr. Hupka (CDU/CSU)	31, 32	von Schmude (CDU/CSU)	56, 57
Ibrügger (SPD)	1	Dr. Schöffberger (SPD)	50, 51
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	29	Schreiber (CDU/CSU)	45

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sielaff (SPD)	33	Vogelsang (SPD)	23
Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	58	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	21, 22
Dr. Sperling (SPD)	2, 3	Dr. Weng (FDP)	67, 68
Stiegler (SPD)	76, 77	Dr. Wernitz (SPD)	37, 73
Stockleben (SPD)	59, 60	Dr. de With (SPD)	42, 43
Stutzer (CDU/CSU)	78	Würtz (SPD)	30, 91
Vahlberg (SPD)	4, 5	Zierer (CDU/CSU)	9, 10
Verheugen (SPD)	74, 75		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	19

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) | Haben die Verhandlungen zur Beseitigung der Salzfracht der Weser einen Stand erreicht, der in absehbarer Zeit „Ergebnisse“ erwarten läßt? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie viele Referate und andere Organisationseinheiten sind für Aufgaben der Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau neu eingerichtet worden, und wie viele Beamte und Angestellte sind darin beschäftigt? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Welche Einsparung an Verwaltungsaufwand und welche Einsparung an Planstellen erwartet die Bundesregierung mittelfristig von der Verwirklichung der Streichungs- und Vereinfachungsvorschläge, die in diesen Organisationseinheiten erarbeitet werden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) | Wie ist der Stand der Forschung zu Ursachen und Wirkungen der Luftverschmutzung auf die Waldschäden, und welche Folgerungen sind daraus zur Erforschung und Entwicklung von Technologien zur Vermeidung und Minderung von Emissionen gezogen worden? |
| 5. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) | Wie ist der Stand der Forschungen und Erprobungen zu regionalen Energieversorgungskonzepten insbesondere unter Einbeziehung alternativer, regenerierbarer Energiequellen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) | Entspricht es den Methoden der Briefbeförderung mit modernsten technischen Mitteln, wenn ein Brief, der an einem Mittwoch in Berlin abends in einen Briefkasten mit Nachtleerung eingeworfen wurde, sich am Freitag um 14.00 Uhr noch nicht in der Abgeordnetenpost befindet? |
|---|---|

det, und stimmen Aussagen der Verbraucherberatung Nordrhein-Westfalen, daß jede vierte Briefsendung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erst nach zwei bis neun Tagen zugestellt wird?

7. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sowjetische Postdienststellen in letzter Zeit korrekt-adressierte Sendungen, insbesondere Sendungen an sowjetische Juden und Angehörige von Volkstumsgruppen in vermehrtem Umfange mit dem unzutreffenden Vermerk „Empfänger unbekannt“ an den Absender zurückgehen lassen, und beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Sachverhalt auf dem Weltpostkongreß zur Sprache zu bringen?
8. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die sowjetische Post mit Wirkung vom 1. August 1984 vorausver Zollte Paketsendungen aus dem Ausland nicht mehr befördern wird, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese, mit internationalen Abmachungen nicht im Einklang stehende Regelung zu unternehmen?
9. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich die Grenzen der Fernsprechnahbereiche der Deutschen Bundespost weitestgehend an denen der kommunalen Verwaltungsgliederung orientieren sollten, um bei Gesprächen zwischen Fernsprechteilnehmern in einer Gemeinde den Anfall von Ferngesprächsgebühren auszu-schalten?
10. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Angleichung der Fernsprechnahbereiche an die kommunalen Verwaltungsgrenzen ergreifen?
11. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des Bundespostministers, daß eine Anschlußdichte von 80 v. H bzw. 90 v. H. bei den anschließbaren Wohneinheiten in den verkabelten Gebieten „nicht zu den entscheidenden Einflußgrößen“ gehöre, angesichts der Feststellung des Bundesrechnungshofes, daß die Anschlußdichte der Breitbandverteilnetze „von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der erwarteten Einnahmen“ ist und somit grundlegende Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit hat?
12. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundespostminister entgegen seinen öffentlichen Aussagen in der Pressekonferenz vom 19. Juni 1984 beabsichtigt, die Gebühren für den Breitbandanschluß im Zuge der bundesweiten Einspeisung der dritten Programme im Jahre 1985 zu erhöhen?

13. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Welche Gebiete gibt es, die im Jahre 1983 bzw. 1984 nach den bisher gültigen Prämissen verkabelt wurden, nach den neuen Kriterien des Bundespostministers nunmehr aber für eine Verkabelung nicht mehr in Frage kämen?
14. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie verträgt sich die vom Bundespostminister gegenüber dem Bundesrechnungshof vorgebrachte Einlassung, dieser habe „bei seinen Untersuchungen auf deutlich umfangreichere und aussagefähigere Daten zurückgreifen können, als dies ihm bei seinen Kalkulationen seinerzeit möglich gewesen sei“ mit der Auffassung der Deutschen Bundespost, die Untersuchung sei entschieden verfrüht erfolgt?
15. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß sich der Bundespostminister einerseits bei seiner Verkabelungsstrategie immer wieder auf die Entwicklungen im Ausland beruft, andererseits aber der Bundesrechnungshof festgestellt hat, daß bei der Deutschen Bundespost entsprechende Unterlagen über das Ausland nicht vorhanden sind?
16. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Ist die neue Linie, nur noch Teile der Bundesrepublik Deutschland zu verkabeln, mit dem Bundeskabinett, z. B. unter regional- und strukturpolitischen Aspekten, abgestimmt, und welche Gebiete kommen nach Auffassung der Bundesregierung, z. B. in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, für eine Verkabelung jetzt noch in Frage?
17. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling plötzlich erklärt, es sei „unabdingbar, für locker bebaute Bereiche andere Lösungen zu finden“ als den Anschluß an BK-Netze und damit „Stadtrandlagen und Gemeinden mit lockerer Bebauung“ ausgenommen werden im Hinblick auf die Aussage der Bundesregierung noch vor einem halben Jahr (Drucksache 10/499), die Bundesrepublik Deutschland werde „nahezu vollständig“ verkabelt, und kann sie darüber Aufklärung geben, ob mit „Versorgung mit Kabelanschlüssen bei 80 v. H. oder sogar darunter“ nach der neuesten Aussage des Bundespostministers 80 v. H. der Haushalte oder 80 v. H. der bebauten Fläche gemeint sind?
18. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Welche Auswirkungen auf die Anschlußbereitschaft der Bürger an BK-Netze in dichter bebauten Gebieten wird der Einsatz von direktstrahlenden Satelliten haben, wenn auch dort Satellitenprogramme über Gemeinschaftsantennenanlagen billiger empfangbar sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

19. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche ausländische Studenten vor allem aus der Dritten Welt – meist durch politische Ereignisse in ihren Heimatländern bedingt – in der Bundesrepublik Deutschland plötzlich ohne Stipendium oder finanzielle Hilfen zum Lebensunterhalt sind, und daß auch in offensichtlichen Notlagen im Regelfall subsidiäre Hilfen wie das Bundesausbildungsförderungsgesetz und das Sozialhilfegesetz nicht eingreifen?
20. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die aus zahlreichen Universitätsstädten wie etwa Mainz und Göttingen gemeldeten Probleme für ausländische Studenten aufzugreifen und den in Not geratenen ausländischen Studenten zu helfen?
21. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der leistungsabhängige Darlehensteilerlaß beim BAföG an den Hochschulen auf immer größere politische, soziale, juristische und verwaltungstechnische Bedenken stößt (gegen diesen Erlaß ausgesprochen haben sich über 30 Rektoren und Präsidenten, die hessische und die schleswig-holsteinische Fachhochschulrektorenkonferenz, über 40 Senate und Fachbereichsräte, der niedersächsische Wissenschaftsminister Cassens, 45 000 Studenten bei der Postkartenaktion der VDS)?
22. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung über die Auswirkungen der BAföG-Beschlüsse vom Dezember 1982 machen, insbesondere über den Rückgang der ausgezahlten BAföG-Förderungssumme und der Zahl der Anträge im Wintersemester 1983/84?
23. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Hält die Bundesregierung das Handeln einer großen Computer-Firma (National Registrierkassen GmbH, Augsburg) für einen geeigneten Weg, in der Bundesrepublik Deutschland die einzelbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung dadurch auf eine andere finanzielle Grundlage zu stellen, daß Firmen von ihren Mitarbeitern Spenden für die Finanzierung der Ausbildung erwarten und somit die Arbeitnehmer die Ausbildung ihrer Kinder selbst bezahlen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

24. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Besteht nach Ansicht der Bundesregierung Anlaß, und wenn ja, bestehen Aussichten für eine Fortschreibung des Harmel-Berichtes des Jahres 1967?

25. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Hinsichtlich welcher Aussagen des Harmel-Berichtes sollte diese Fortschreibung gegebenenfalls erfolgen?
26. Abgeordneter
**Klein
(Dieburg)**
(SPD)
- Kann mir die Bundesregierung den qualitativen Unterschied zwischen einem Anhänger der Todesstrafe und einem Befürworter der Wiedereinführung der Todesstrafe erklären (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 10/1527)?
27. Abgeordneter
**Klein
(Dieburg)**
(SPD)
- Wäre möglicherweise Dr. Richard Jäger von der Bundesregierung nicht zum Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen benannt worden, wenn er sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen hätte, statt sich nur als Anhänger der Todesstrafe zu bekennen?
28. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben das Auswärtige Amt veranlaßt, den Film „Die weiße Rose“ nun doch für die Aufführung in den Goethe-Instituten freizugeben?
29. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Was ist der Bundesregierung über den derzeitigen Aufenthalt und über den Gesundheitszustand des Ehepaares Sacharow—Bonner bekannt, und hat es seit der letzten Antwort (Plenarprotokoll 10/74) der Bundesregierung auf meine dringliche Anfrage Hinweise dafür gegeben, daß die sowjetischen Behörden endlich auf die berechtigten Forderungen Sacharows eingehen werden?
30. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in den geschäftlichen Aktivitäten des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Möllemann, einen Verstoß gegen die Bestimmungen des Ministergesetzes (vgl. DER SPIEGEL 25/1984, Seite 25), und welche Folgen zieht sie gegebenenfalls daraus?
31. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten und Gelegenheiten hat die Bundesregierung genutzt, um bei der Sowjetunion, Bulgarien und der Tschechoslowakei gegen die Verletzung der KSZE-Schlußakte durch die auf Sendungen der Deutschen Welle angesetzten Störsender zu protestieren, und wie lautete die Antwort?
32. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bezüglich der Ausreise der Deutschen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße aus der Familienzusammenführung mehr und mehr eine Familienzerreißung geworden ist, indem immer weniger Ausreisanträge genehmigt werden und immer mehr Besucher sich um die Ausreise der zurückgehaltenen Familienmitglieder bemühen müssen, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

33. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Zusammenhang zwischen den rechtsradikalen Gruppen „Europäische Verbindungsstelle der Nationalen Kräfte“ und der im Verfassungsschutzbericht 1983 erwähnten „Europäischen Neuordnung“ (ENO) in der Schweiz bekannt, und gibt es konkrete Hinweise dafür, daß die Aktivitäten der ENO 1983 nachgelassen haben?
34. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Treffen die Aussagen von Michael Kühnen in der Monitor-Sendung vom 29. Mai 1984 zu, daß bei seinem Grenzübertritt in die Schweiz die Schweizer Grenzbehörden „wohl einen Tip von den deutschen Behörden bekommen hatten“ und daß er nach Zurückweisung durch die Schweizer Behörden am deutschen Kontrollpunkt eineinhalb Stunden festgehalten wurde, dort die von den Schweizer Behörden inkriminierte Literatur (Hitlers „Mein Kampf“, Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“) deponieren durfte und dann die Bundesrepublik Deutschland verlassen konnte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
35. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die in der Monitor-Sendung vom 29. Mai 1984 angesprochenen Bestrebungen zum Aufbau einer europäischen faschistischen Bewegung zu überprüfen und rechtliche und politische Gegenmaßnahmen zu treffen?
36. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Kann die Bundesregierung eine Übersicht über Entscheidungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen geben, welche Kraftwerke auf Grund der Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit Entschwefelungsanlagen nachgerüstet und welche anderen Kraftwerke wann stillgelegt werden sollen?
37. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen der Bundesregierung mit der Automobilindustrie, zum technischen frühestmöglichen Zeitpunkt mobile Abgasquellen (Kraftfahrzeuge mit Otto-Motor, Dieselmotor und Flüssiggasantrieb) zu beseitigen, und von welchem Terminplan läßt sich die Bundesregierung beim Vollzug leiten?
38. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Wie hat sich die Nitratbelastung der Oberflächengewässer und des Grundwassers in Ostbayern (Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken) in den letzten fünf Jahren entwickelt, und welchen Trend erwartet die Bundesregierung unter Status-quo-Bedingungen?

39. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Wie könnte die Nitratbelastung verringert werden, wenn kurzfristig alle technisch möglichen Vorkehrungen und Auflagen in Kraft gesetzt würden?
40. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Wie hat sich die Schadstoffbelastung der Luft in den vergangenen fünf Jahren in Ostbayern (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Steinald, Frankenwald und Fichtelgebirge) entwickelt, und welchen Trend prognostiziert die Bundesregierung unter Status-quo-Bedingungen?
41. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- In welcher Weise könnte die Schadstoffbelastung kurzfristig (ein bis zwei Jahre) und mittelfristig (zwei bis fünf Jahre) vermindert werden, wenn unverzüglich alle technisch möglichen Verfahren und Anordnungen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung in Kraft gesetzt würden?
42. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Was haben die Kontakte der Bundesregierung zur DDR und CSSR zur Bekämpfung der Luft- und Wasserverschmutzung in Ostoberfranken erbracht?
43. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu einer internationalen Dreier-Konferenz zur Erörterung und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung in Ostoberfranken einzuladen?
44. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der CSSR und der DDR in konkrete Verhandlungen zu treten, um in einem gemeinsamen Kooperationsvertrag möglichst schnell durch gemeinsam produzierte Filteranlagen wenigstens die größten Umweltschäden zu beseitigen?
45. Abgeordneter
Schreiber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die offensichtliche Benachteiligung der Fachhochschulabsolventen der Sozialarbeit, die dadurch entsteht, daß durch das Haushaltsbegleitgesetz zum Bundeshaushalt 1984 die Eingangsbesoldung für Beamte des gehobenen Dienstes nach A 8 (nicht-technischer Bereich) und A 9 (technischer Bereich) zurückgenommen wurde, gleichzeitig Bund und Länder am 31. Dezember 1983 die Anlage 1a und 1b zum BAT gekündigt haben und durch diese Entwicklung Absolventen der Fachhochschule für Sozialarbeit, die eine Verbeamtung anstreben, in Zukunft nach dem berufspraktischen Jahr, also nach einer insgesamt vierjährigen Ausbildung, zwei Jahre in BAT Vc verbringen müssen, bevor sie in die A 8 übernommen werden und erst nach weiteren drei Jahren, also insgesamt sechs Jahren nach der Verbeamtung die Chance haben, nach A 9 übernommen zu werden?

46. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein wegen Wehrdienstverweigerung in der DDR zu einer Freiheitsstrafe Verurteilter nach seiner Entlassung in die Bundesrepublik Deutschland Ansprüche auf Anerkennung dieser Haftzeit nach dem Häftlingshilfegesetz geltend machen kann, und wird sie gegebenenfalls durch eine gesetzgeberische Initiative dafür sorgen, daß diese Auffassung auch in die Praxis umgesetzt wird?
47. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Müßte nach pflichtgemäßen Beobachtungen der seitens der Bundesregierung in die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutschlandfunk“ entsandten Gremienmitglieder nicht der Entwertung seines gesetzlichen Sendeauftrags durch Änderung in den Strukturen und den Anstellungsverträgen dann entgegengewirkt werden, wenn die öffentliche, bisher unwidersprochene Aussage eines hauptamtlichen Mitarbeiters des Deutschlandfunks zutrifft: „Dabei sind wir alle satt und bequem geworden, in unkündbaren Positionen, mit dicken Gehältern und einem beruhigenden Polster von Tarifverträgen und Arbeitsgerichtsentscheidungen, die unsere Privilegien absichern“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 20. Mai 1984), oder sind diese Behauptungen nach den Beobachtungen dieser Gremienmitglieder ganz oder teilweise unzutreffend?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

48. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des 87. Deutschen Ärztetages, daß „die Begründung einer Vielzahl der ‚Notlagenindikationen‘ einer gerichtlichen Überprüfung anhand der Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 nicht standhält und damit solche als rechtswidrig zu bezeichnen wären“ (Drucksache IV/29) und die Überbürdung der Kosten für soziale Notlagenindikation auf die Versicherten-Gemeinschaft, die auch „gegen den prinzipiellen ärztlichen Heilungsauftrag verstößt“ sowie „die ärztliche Gewissensfreiheit in diesem Bereich praktisch aufhebt“ (Drucksache IV/37), und wenn ja, was hält die Bundesregierung für notwendig, um die gravierenden Rechtsverletzungen zu verhindern?
49. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU)
- Wie häufig kommen Fälle von Ehescheidungen vor, bei denen Anwartschaften nicht in den Versorgungsausgleich einbezogen wurden, weil sie weder dem ausgleichsberechtigten Ehegatten noch dem Gericht bekanntgeworden sind, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in diesen Fällen bei späterem Bekanntwerden einen Ausgleich zu schaffen?

50. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Warum hat sich die Bundesrepublik Deutschland der von der EG-Kommission geplanten Einführung der Produzentenhaftung widersetzt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. Juni 1984, S. 25)?
51. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Warum hat die Bundesrepublik Deutschland gegen das von der EG-Kommission geplante Rücktrittsrecht bei Haustürgeschäften Einspruch erhoben, und ist „sie damit dem ausdrücklichen Wunsch einiger großer Konzerne gefolgt“ (Süddeutsche Zeitung vom 12. Juni 1984, S. 25)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

52. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie viele Prüfungen haben die Oberfinanzdirektionen seit 1981 bei Firmen durchgeführt, die Textilien einführen, wie hoch war der Prozentsatz derjenigen Fälle, in denen Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz festgestellt wurden?
53. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Welcher Art waren die festgestellten Verstöße (z. B. Schmuggel; Einfuhr vor Erteilung der Genehmigung, die wegen Erschöpfung der Kontingente eventuell versagt werden mußte; Inanspruchnahme von Einfuhrgenehmigungen für andere Artikel; Fälschung von Ursprungszeugnissen; sonstige Täuschungen)?
54. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Welche Bedeutung kommt nach Meinung der Bundesregierung bei der Neuordnung der Eigentumsförderung dem Vorsparen zu, und wann wird sie mit welchem finanziellen Aufwand das Bausparen attraktiver machen?
55. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Sieht die Bundesregierung beim Bausparen Handlungsbedarf bei den Einkommensgrenzen insbesondere für Alleinstehende und für Familien mit Kindern beim prämienbegünstigten Höchstbetrag, bei der Höhe der Prämie und bei der Mindestvertragsdauer von zehn Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von DDR-Bauarbeitern im Zonenrandgebiet, und welche Einflußmöglichkeiten bestehen bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere bei Straßenbaumaßnahmen des Bundes, dafür zu sorgen, daß Anbieter durch die Einschaltung von DDR-Firmen die Wettbewerbsverhältnisse nicht verfälschen?

57. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, Preisprüfungsverfahren durchzuführen, um festzustellen, ob in unzulässiger Weise Preisunterbietungen vorgenommen werden?
58. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Mittel für die Bezuschussung der Unternehmensberatung für kleine und mittlere Unternehmen voraussichtlich Mitte dieses Jahres bereits erschöpft sein werden, und wie gedenkt die Bundesregierung unter diesen Umständen die von ihr selber als sehr wichtig angesehene Beratung für Existenzgründung fortzusetzen?
59. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- In welchen Unternehmen sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung Untersuchungen zur Abwärmegewinnung durchgeführt worden?
60. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die dazu bisher vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse?
61. Abgeordneter
Büchler (Hof)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Vorstellungen darüber, wie dem Fremdenverkehr in Nordostbayern geholfen werden kann, da er schon erhebliche Einbußen erlitten hat?
62. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wie viele Arbeitsplätze sind von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland 1983 und 1984 in Berlin insgesamt und einzeln errichtet, und wie viele sind von ihnen abgebaut worden?
63. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wie viele Arbeitsplätze haben die in Betracht kommenden Unternehmen im gleichen Zeitraum insgesamt und einzeln in der Bundesrepublik Deutschland errichtet oder abgebaut, und was gedenkt die Bundesregierung gegen eine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus dem Raum der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin zu unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

64. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Welche wichtigsten Grundstoffe für die Gewinnung von Bioenergie sind der Bundesregierung bekannt, und zu welchen Preisen sind diese Grundstoffe auf dem EG-Binnenmarkt bzw. auf dem Weltmarkt zu beziehen?

65. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Wann und in welcher Weise haben die zuständigen französischen Stellen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugesichert, daß französische Behörden keine Bescheinigungen mehr ausstellen werden, die ein Verbringen von Meeresschildkröten und -produkten, die vor dem 1. Januar 1984 in andere EG-Staaten gelangt oder vor dem 1. Januar 1984 innerhalb des EG-Gebietes der Natur entnommen worden sind, in die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen?
66. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die auf der französischen Karibik-Insel La Reunion bestehende wilde Ranch für Meeresschildkröten, und ist ihr bekannt, daß von dort wöchentlich ein Großraum-Jet mit Meeresschildkrötenprodukten in Frankreich eintrifft?
67. Abgeordneter
Dr. Weng
(FDP)
- Welche Vorkehrungen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um bei dem geplanten Wegfall der Grenzkontrollen zu den EG-Nachbarstaaten – namentlich zu Frankreich – dafür Sorge zu tragen, daß der Importstopp für Meeresschildkröten und -produkte auch wirksam eingehalten wird?
68. Abgeordneter
Dr. Weng
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Gesamtnovellierung des Artenschutzgesetzes die illegale Einfuhr von Tieren und Pflanzen der weltweit vom Aussterben bedrohten Arten unter Strafandrohung zu stellen, und wann ist mit dieser Novellierung zu rechnen?
69. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung bis heute nichts unternommen, um den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 10. November 1983, der eindeutig einen Importstopp für Meeresschildkrötenprodukte zum Ziel hatte, umzusetzen?
70. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß trotz der immer wieder beteuerten Einhaltung des Einfuhrverbotes nach wie vor Meeresschildkröten und -produkte in die Bundesrepublik Deutschland gelangen?
71. Abgeordneter
Dr. Ehmke (Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß trotz der immer wieder beteuerten Einhaltung des Importverbots nach wie vor Meeresschildkröten und -produkte in die Bundesrepublik Deutschland gelangen?
72. Abgeordneter
Dr. Ehmke (Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Wann und in welcher Weise wurden die Zollstellen angewiesen, beim innergemeinschaftlichen grenzüberschreitenden Verkehr hinsichtlich des Verbringens von Meeresschildkröten und -produkten strenge Kontrollen durchzuführen?

73. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Wiederaufforstung und andere waldbauliche Maßnahmen die Folgen der von der Luftverschmutzung verursachten Waldschäden in Ostbayern (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Steinwald, Frankenwald, Fichtelgebirge) wenigstens teilweise wiedergutzumachen?
74. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Welche ökologischen Auswirkungen (durch Betriebsstillegungen) erwartet die Bundesregierung im bayerischen Grenzland auf Grund der Verringerung der Milchproduktion?
75. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Forstwirtschaft in den vom Waldsterben besonders betroffenen Gebieten Ostbayerns (Bayerischer Wald, Steinwald, Frankenwald, Fichtelgebirge und Oberpfälzer Wald)?
76. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie haben sich die Waldschäden in Ostbayern (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Steinwald, Frankenwald und Fichtelgebirge) in den letzten fünf Jahren entwickelt, und welchen Trend erwartet (befürchtet) die Bundesregierung für die nächsten Monate und Jahre?
77. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Schäden sind den Forstwirten in Ostbayern (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Steinwald, Frankenwald und Fichtelgebirge) unmittelbar und mittelbar als Folge der Luftverschmutzung entstanden, und was wird die Bundesregierung zur Regulierung dieser Schäden vorschlagen?
78. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Fachtoxikologen, nach der es vertretbar ist, bei Versuchen zur Langzeitwirkung von Pflanzenschutzmitteln den LD₅₀-Test durch den ALD-Test zu ersetzen, für den weniger Tiere benötigt werden, wenn ja, wie will die Bundesregierung erreichen, daß künftig die Behörden in allen Ländern auf die Vorlage von LD₅₀-Tests für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln verzichten?
79. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung im Rahmen der Neuordnung des Milchmarktes für richtig, daß Molkereien auf Grund direkter und indirekter Maßnahmen nun weniger flüssige Magermilch, dagegen unter hohem Energieaufwand getrocknetes Magermilchpulver den landwirtschaftlichen Betrieben anbieten?
80. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um wieder mehr flüssige Magermilch den landwirtschaftlichen Betrieben anzubieten und damit die Lage auf dem Milchmarkt zu entlasten?

81. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Referenzpreise wird die Kommission der Europäischen Gemeinschaft für Backweizen der Mindestqualität für die Intervention festsetzen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß die Kommission durch Verwaltungsanordnung die Preisbeschlüsse des Ministerrates unterläuft?
82. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, daß durch Maßnahmen der Kommission in Brüssel der Landwirtschaft weitere Verluste zugefügt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

83. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine mehr oder minder sich nur als im Hobbyberuf betätigende Schneidermeisterin nach dem Handwerker-Versicherungsgesetz Pflichtbeiträge zu ihrer Altersversorgung zahlen muß, wenn sie Auszubildende einstellen will, obwohl sie selbst an einer Altersversicherung wegen der Versorgung durch ihren Ehemann nicht interessiert ist, und sieht die Bundesregierung darin nicht gerade in der heutigen lehrstellenknappen Zeit eine ausbildungshemmende Vorschrift?
84. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Wie viele Arbeitslose mit Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder -hilfe haben seit Beginn des Jahres 1983 begonnen, an schulischen oder außerschulischen Fortbildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilzunehmen und haben infolgedessen auf Grund der Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) weder Arbeitslosenunterstützung noch Sozialhilfe erhalten?
85. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den unhaltbaren Zustand, daß Arbeitslose mit einem Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) jegliche Unterstützung verlieren, wenn sie an einer schulischen oder außerschulischen Fort- oder Ausbildungsmaßnahme teilnehmen, zu beseitigen?
86. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Hat die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung am 2. Mai 1984 gegenüber dem Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV geäußerte Zuversicht, in der Frage des Zuschusses zum Krankenversicherungsbeitrag für DO-Angestellte bald zu einer Lösung zu kommen, inzwischen eine Bestätigung erfahren, oder trifft die Äußerung von Ministerialdirektor Dr. Hauck vom 28. Mai 1984 vor dem Bundesvertretertag der Gewerkschaft der Sozialversicherungsträger zu, nach der keine Regelung in Aussicht steht?

87. Abgeordnete
Frau Matthäus-Maier
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 18. April 1984 über die Unzulässigkeit einer Sozialgerichtsvorlage zur „Abtreibung auf Krankenschein“ Konsequenzen zu ziehen, und wenn ja, welche?
88. Abgeordnete
Frau Matthäus-Maier
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, nach der Karlsruher Entscheidung den „Gesetzentwurf von CDU/CSU-Abgeordneten zur Änderung krankenversicherungsrechtlicher Vorschriften“, Drucksache 10/941, als Regierungsinitiative aufzugreifen?
89. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Sind der Bundesregierung Verstöße gegen Kinderarbeit in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, und gibt es Hinweise auf Schwerpunkte in den Bundesländern?
90. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Führt die Bundesregierung Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz auf ein „offenbar nachlassendes Unrechtsbewußtsein“ bei einigen Arbeitgebern zurück, oder welche anderen Gründe vermutet die Bundesregierung für zunehmende Kinderarbeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

91. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Welche Folgerungen zieht der Bundesminister der Verteidigung aus der Untersuchung des Bonner Rechtsprofessor Dr. von Maydell, der das Fehlen jeglicher Arbeitszeitregelung für die Soldaten der Bundeswehr als verfassungswidrig (Artikel 3, 20 Grundgesetz) bezeichnet?
92. Abgeordneter
Horn
(SPD) Wie viele Übungen und Manöver der Landstreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehr, nationale Übungen der Stationierungstreitkräfte, NATO-Übungen) haben im Jahr 1983 das Gebiet des Vogelsberg-Kreises berührt, und von wie vielen Übungen wird der Vogelsberg-Kreis im Jahr 1984 voraussichtlich berührt werden?
93. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Trifft es zu, daß bei dem Absturz eines holländischen Kampfflugzeuges vom Typ F-16 in Linz der gesamte Tankinhalt von 26 Litern des hochgiftigen Notstrom-Aggregat-Treibstoffes Hydrazin, der in einem angeblich absturzsicheren Tank aufbewahrt wird und zu Atembeschwerden und schlimmstenfalls zum Tod führt, freigegeben ist?

94. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Gesundheitssicherung der Linzer Bevölkerung zu ergreifen?
95. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Trifft die an Ärztinnen und Ärzte an der Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen in Düsseldorf gegebene Information zu, daß die von der Bundeswehr in Vorrat gehaltenen und später teilweise weiterverkauften Lebensmittel bestrahlt werden, um sie haltbar zu machen?
96. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Falls ja, wie vereinbart die Bundesregierung eine solche Praxis mit dem grundsätzlichen Verbot der Lebensmittelbestrahlung nach dem Lebensmittelrecht?
97. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Entspricht es den Tatsachen, daß seitens der Amerikaner nach der Absichtserklärung im Dezember 1983 der Preis pro Feuereinheit PATRIOT/ROLAND von 60 Millionen US-Dollar auf 100 Millionen US-Dollar erhöht worden ist, und wenn ja, wird die Bundesregierung dennoch die vorgesehenen 14 Feuereinheiten PATRIOT/ROLAND ankaufen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

98. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Hat die Bundesregierung mit der „Organisation und Geschäftsführung“ des 4. Familienberichts, der „Die Situation der älteren Menschen in der Familie“ behandeln soll, das Deutsche Jugendinstitut beauftragt, wie einem Mitglieder-Rundschreiben der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie zu entnehmen ist, und welche Gründe waren gegebenenfalls dafür ausschlaggebend, dieses Projekt nicht einer mit Altersfragen unmittelbar befaßten Institution wie etwa dem Deutschen Zentrum für Altersfragen e. V. oder dem Kuratorium Deutsche Altershilfe zu übertragen?
99. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die erforderlichen Stellen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen für die im Zusammenhang mit der geplanten Änderung der Bundesärzteordnung nach dem Studienabschluß vorgesehene zweijährige Zeit als „Ärzte im Praktikum“ auch tatsächlich bereitgestellt werden?
100. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch ist das finanzielle Gesamtvolumen der Kindergeldzahlungen von 1983 bis einschließlich 1987 anzusetzen, wenn die jetzige Rechtslage den Berechnungen zugrunde gelegt wird?

101. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welches zusätzliche Finanzvolumen müßte jährlich, unter Berücksichtigung der rückläufigen Geburtenzahlen, ab 1988 eingesetzt werden, wenn die Kindergeldzahlungen grundsätzlich bis zum 18. Lebensjahr gewährt würden und für das erste Kind eine Erhöhung um 25 DM pro Monat erfolgte und für alle weiteren Kinder um 50 DM?
102. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung in dem Entwurf für die Novelle der Trinkwasserverordnung bei den Parametern für chlorierte Kohlenwasserstoffe und für Pestizide die in der EG-Richtlinie von 1980 genannten Richtwerte bzw. Höchstkonzentrationen überschreitet bzw. keine Höchstkonzentration oder keinen Richtwert nennt, und welche Begründung führt die Bundesregierung dafür an?
103. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Inwieweit ist der Entwurf für die Novelle der Trinkwasserverordnung dann mit der am 22. Februar 1984 in der Fragestunde der 55. Sitzung des 10. Deutschen Bundestages gemachten Aussage, daß die Bestimmungen der EG-Richtlinie ab Mitte 1985 zum Tragen kommen sollen, in Übereinstimmung zu bringen, und auf welche Weise will die Bundesregierung dann das Vorkommen von chlorierten Kohlenwasserstoffen und Pestiziden im Trinkwasser auf eine für den Verbraucher ungefährliche Konzentration, wie in der EG-Richtlinie vorgesehen, begrenzen?
104. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die behaupteten Auswirkungen der Luftverschmutzung auf Kleinkinder – Tod infolge Pseudo-Krupp-Erkrankung – geprüft, und hat sie insbesondere die in Oberfranken der Luftverschmutzung zugeschriebenen Todesfälle in ihre diesbezüglichen Betrachtungen einbezogen?
105. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus vorliegenden örtlichen Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Luftverunreinigung und Pseudo-Krupp-Erkrankungen, insbesondere für die zulässigen Belastungsgrenzen nach der TA Luft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

106. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Touristen, die mit einem Omnibus in das EG-Land und unseren NATO-Verbündeten Großbritannien einreisen, sich einer schikanösen und entwürdigenden Einreiseprozedur unterwerfen müssen?

- | | |
|--|---|
| 107. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung gegen diese für westliche Demokratien unübliche Grenzabfertigung zu unternehmen? |
| 108. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) | Hat die Bundesregierung bei der Entscheidung der Deutschen Bundesbahn, auf dem Zug Berlin — Hof — München (9.02 Uhr ab Bahnhof Zoo) den Speisewagen abzuschaffen, mitgewirkt, und sind dabei die berlin- und deutschlandpolitischen Aspekte dieser Rationalisierungsmaßnahme berücksichtigt worden? |
| 109. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Betriebsplan für die Edertalsperre so zu ändern, daß der Hochwasserschutz eine höhere Priorität als bisher erhält, so daß bei nicht vorhersehbaren außergewöhnlichen Niederschlägen schneller und wirkungsvoller reagiert werden kann, als das offenbar im Rahmen des gegenwärtigen Betriebsplanes möglich ist? |
| 110. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß für die vom Hochwasser betroffene Bevölkerung der Hochwasserschutz erste Priorität hat, und welche Schlußfolgerungen werden daraus gezogen, auch wenn vor 70 Jahren beim Bau der Edertalsperre andere Zweckbestimmungen im Vordergrund standen? |
| 111. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Wie hoch wären schätzungsweise die Einnahmen bei Einführung von Autobahngebühren auf bundesdeutschem Netz unter Zugrundelegung von Gebühren auf französischen Autobahnen und unter Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Kraftfahrzeugsteuer? |
| 112. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Wie will die Bundesregierung weiterhin Einfluß auf unsere westeuropäischen Nachbarn nehmen mit dem Ziel, Autobahn- und Straßenbenutzungsgebühren abzuschaffen? |

Bonn, den 22. Juni 1984